

Weiterführende Links zu den Themen im Text!

BAYERN

Die Zeitung der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

3/2015

bayernspd-landtag.de



Asylbewerber als Schulweghelfer. Die SPD-Landtagsabgeordnete Doris Rauscher hatte die Idee für diese Aktion. Und sie freut sich über das ehrenamtliche Engagement der beiden Somalier Ahmed und Imaan für einen sicheren Schulweg der Kinder im oberbayerischen Ebersberg.

Nach der Flucht kommt die Integration

Große Herausforderung und große Chance für die bayerische Gesellschaft

VON ULRICH MEYER

Die aktuelle Flüchtlingssituation im Freistaat birgt nach Einschätzung von SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#) große Chancen, aber auch gewaltige Herausforderungen. „Wer vor Terror und Krieg flieht, hat Anspruch auf unsere Hilfe. Daran gibt es für uns Sozialdemokraten keine Zweifel. Aber mit der Aufnahme ist es nicht getan. Wir brauchen sofort als nächsten Schritt den Start der Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft.“

Für die SPD-Bildungsexpertin [Kathi Petersen](#) ist die Grundlage dafür das Erlernen der deutschen Sprache: „Kinder schaffen das relativ schnell in Kita und Schule. Aber für die Erwachsenen brauchen wir bayernweit Angebote für intensive Deutschkurse und Staatsbürgerkunde. Jeder Euro dafür zahlt sich mehrfach wieder aus.“ Mit Sorge sieht der Vorsitzende des

Landtags-Bildungsausschusses, [Martin Güll](#), die Stellensituation bei den Lehrkräften. Im Laufe der nächsten Monate kommen ja immer mehr Flüchtlingskinder dazu – doch die Zahl der Lehrer will das Kultusministerium nicht entsprechend anpassen. „Für alle bayerischen Grund- und Mittelschulen zusammen stehen hier gerade mal 750.000 Euro zur Verfügung. Das entspricht 15 Lehrerstellen. Das ist lächerlich. Die Schulen bräuchten sofort mindestens 200 bis 300 zusätzliche Lehrkräfte.“

Und natürlich ist die menschenwürdige dezentrale Unterbringung der Menschen der nächste wichtige Schritt, um die Integration voranzubringen. Momentan sind noch Zehntausende Menschen im Freistaat in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht, teilweise in Containern, Turnhallen oder sogar Zelten. Der SPD-Wohnungspolitiker [Andreas Lotte](#) sieht hier großen Handlungsbedarf: „In den

nächsten fünf Jahren brauchen wir in den bayerischen Ballungsräumen 100.000 neue Wohnungen – nicht nur für die neuen Zuwanderer, sondern um die Wohnungsnot insgesamt abzumildern.“

Der Freistaat müsse selbst wieder Wohnungen bauen und Grundstücke zur Verfügung stellen. Das kostet pro Jahr 600 Millionen Euro – doch die CSU gibt dafür bislang nur 159 Millionen Euro aus. „Das reicht hinten und vorne nicht. Wir müssen jetzt schnell handeln.“

Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, [Angelika Weikert](#), sieht das genauso. „Wir dürfen jetzt keine Zeit verlieren. Integration in den Arbeitsmarkt und Ausbildung der jungen Flüchtlinge sind Themen, die wir sofort angehen müssen. Eine erfüllende Tätigkeit, selbst verdientes Geld, der Kontakt zum Kollegenkreis – das sind ideale Wege, um in unsere Gesellschaft hineinzuwachsen. Wir dürfen und werden nicht scheitern.“

Neuer Skandal um Bayern-Ei

Ein von der SPD-Bundestagsfraktion beauftragtes Gutachten hat bestätigt, dass die Staatsregierung im Bayern-Ei-Skandal Recht und Gesetz gebrochen hat. Sie hätte die Öffentlichkeit nämlich über die Gesundheitsgefahren der verseuchten Eier informieren müssen. „Die Staatsregierung mit dem früheren CSU-Verbraucherschutzminister Marcel Huber und der derzeitigen Ministerin Ulrike Scharf hat hier kompetent versagt“, so der Verbraucherexperte der SPD-Landtagsfraktion [Florian von Brunn](#). „Die bayerischen Behörden haben weder eine Warnung herausgegeben noch eine Rückrufaktion veranlasst. Das ist unverantwortlich!“

Mehr Geld für Frauenhäuser

Die Frauensprecherinnen der SPD-Landtagsfraktion fordern mehr staatliche Zuschüsse für bayerische Frauenhäuser. „Die gemeldeten Fälle häuslicher Gewalt sind von 13.000 im Jahr 2005 auf 19.000 im Jahr 2013 gestiegen“, erklärt [Dr. Simone Strohmayr](#). „Die Fördersätze sind in den letzten 20 Jahren nur einmal gestiegen“, unterstreicht [Ruth Müller](#). In Bayern gibt es 38 Frauenhäuser, die im Jahr 2013 zusammen 950.000 Euro an Zuschüssen bekommen haben.

Inhalt

[Haushaltsthema Integration .. 2](#)

[Städte der Zukunft 3](#)

[Ehrenamt in Bayern 4](#)

[Kommentar Martin Schulz 6](#)

[Pflege-Herausforderungen 7](#)

[Vermischtes 8](#)



Markus Rinderspacher, Vorsitzender der BayernSPD-Landtagsfraktion

„Refugees welcome!“

Am Münchner Hauptbahnhof steht die Bürgerschaft für die ankommenden Flüchtlinge Spalier und spendet stehend Applaus. Die Münchnerinnen und Münchner reichen Wasserflaschen und Obst, packen an beim Kisten-schleppen und machen sich zu Kofferträgern der Schutzsuchenden.

Die Geste taucht den bayerischen Sommer in ein warmes Licht. Die Weltstadt öffnet ihr Herz: Das Münchner Symbol steht für all jene im Freistaat, die Hilfsbereitschaft für die Schwächsten mit selbstloser Hingabe zelebrieren. Der Münchner Oberbürgermeister [Dieter Reiter](#) hat diese Haltung bereits 2014 vorgelebt, als er hungerstreikende Migranten besänftigte, während die CSU-Sozialministerin ihnen drohte: „We Bavarians do not climb on trees!“ Damit hat das sozialdemokratische Stadtoberhaupt in seiner Stadt die Tonlage vorgegeben. Bereits kurz zuvor hatte er in der Erstaufnahmeeinrichtung der Bayernkaserne für Ordnung gesorgt, obwohl er gar nicht politisch zuständig war. Die Seehofer-Regierung hatte Schutzsuchende unter freiem Himmel bei einstelligen Temperaturen auf Isomatten schlafen lassen. Vorbilder wirken. Dieter Reiter macht seit seinem Amtsantritt vor, was die Kanzlerin erst ein Jahr später in die Worte fasst: „Wir schaffen das!“ Mit entschlossener Menschlichkeit und menschlicher Entschlossenheit.

Herzliche Grüße

Integrationsausgaben sind ein Konjunkturprogramm für alle

Ohne Geld ist der Staat handlungsunfähig. Der Haushalt für 2016 muss deshalb auf die aktuellen Schwerpunkte Wohnungsnot, Flüchtlinge und Bildung abgestimmt werden.

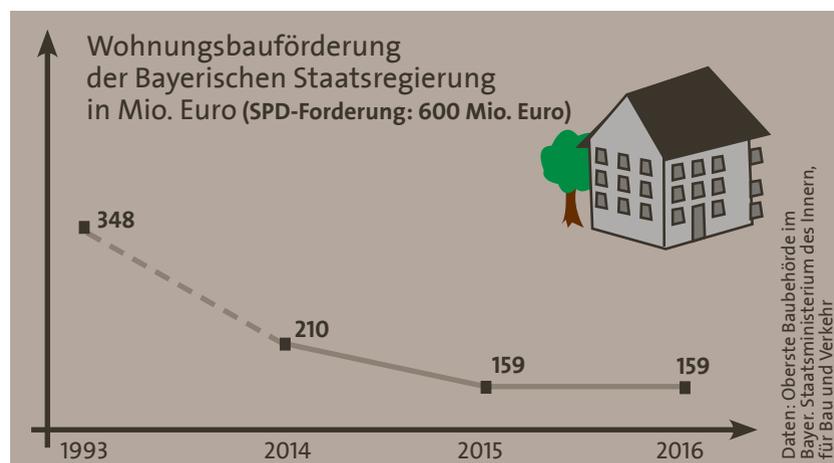
Der haushaltspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, [Volkmar Halbleib](#), hat die Hoffnung, dass die Staatsregierung nach Jahren der Verleugnung und Verzögerung nun endlich die Probleme angeht: „Wir haben die Chance, die aktuellen Herausforderungen in einen Gewinn für den Freistaat zu verwandeln.“

Der SPD-Finanzexperte [Herbert Kränzlein](#) spricht sogar von einem „Konjunkturprogramm“, wenn er die zusätzlichen Staatsausgaben für Personal, Wohnungsbau und Investitionen betrachtet: „Das Geld regt den Konsum an, schafft neue Werte durch Gebäudebau

und unterstützt unsere Handwerksbetriebe.“

Sein Haushaltskollege [Harald Güller](#) betont, dass die Flüchtlingskrise längst nicht die einzige Herausforderung ist: „Wir müssen den Freistaat insgesamt wettbewerbsfähig halten.“ Der Kommunalfinanzexperte [Günther Knoblauch](#) mahnt: „Da ist viel zu tun, denn die Infrastruktur – Straßen, Brücken, Schulen etc. – droht zu vergammeln.“

Mit Wohlwollen betrachtet der SPD-Haushaltspolitiker [Reinhold Strobl](#) den geplanten Zuwachs von über 3.200 neuen staatlichen Stellen. „Das ist der richtige Weg, mehr Polizisten, mehr Justizmitarbeiter, mehr Sachbearbeiter für die Flüchtlingsthemen – aber an den Schulen unterschätzt die Staatsregierung den tatsächlichen Personalbedarf erheblich.“



Karikaturenwettbewerb: SPD-Fraktion sucht spitze Federn

Jeder kennt Karikaturen aus Zeitung und Internet: Oft spitzzünftig und böse – und genauso oft überspitzt genau den Kern der Sache treffend.

Leider beschränkt sich der Kreis der erfolgreichen Karikaturisten zunehmend auf eine Handvoll Männer, die schon im Rentenalter sind.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat daher einen Karikaturenwettbewerb ins Leben gerufen: Gesucht werden junge Künstlerinnen und Künstler unter 35 Jahren und ihre Werke. Der erste Preis wird mit 2.500 Euro prämiert.

Über die Werke entscheidet nach dem Einsendeschluss am 5. November eine wirklich hochkarätige Jury unter der Leitung des

SZ-Karikaturisten Dieter Hanitzsch. Sein Appell: „Wir müssen den Nachwuchs besser fördern und eine Plattform bieten, sich zu präsentieren!“

bayernspd-landtag.de/karikatur



Hoegner-Preis geht an Gewerkschaftsbund

Der [Wilhelm-Hoegner-Preis](#) 2015 geht an den DGB Bayern. Die SPD-Landtagsfraktion würdigt damit den jahrelangen Einsatz des Gewerkschaftsbunds für einen gesetzlichen Mindestlohn. SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#) erläutert: „Das Jahr 2015 bietet mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns einen besonderen Anlass für die Verleihung des Hoegner-Preises an den DGB Bayern. Schließlich waren die Gewerkschaften ganz entscheidend an der Realisierung dieses historischen Schrittes beteiligt. Welcher Preis könnte als Würdigung für dieses erfolgreiche Engagement passender sein als der Hoegner-Preis, dessen Namensgeber Wilhelm Hoegner bereits vor fast 60 Jahren in der Bayerischen Verfassung festgelegt hat, dass es Mindestlöhne geben solle.“

Bayerns DGB-Vorsitzender [Matthias Jena](#) betont, es sei ihm eine Ehre, diesen Preis stellvertretend anzunehmen.

Frühere Preisträger sind unter anderem [Martin Schulz](#), [Heribert Prantl](#), die Biermösl Blosn und [Günter Verheugen](#).

Impressum

Herausgeber
BayernSPD-Landtagsfraktion
Vorsitzender [Markus Rinderspacher](#)
und stv. Vorsitzender
[Hans-Ulrich Pfaffmann](#)
Maximilianeum
81627 München

Redaktion
Ulrich Meyer (V.i.S.d.P.),
Caro Arns, Felix Hälbig,
Gudrun Rapke
Telefon: 089 – 4126 2347
E-Mail:
zeitung@bayernspd-landtag.de

BayernSPD-Landtagsfraktion
Pressestelle
Maximilianeum
81627 München

Layout
shot one GmbH

Druck
NetworkMedia GmbH

Bezahlbare Wohnungen, Migration, Leben: Wie sieht die Stadt der Zukunft aus?

SPD kennt Antworten auf die urbanen Herausforderungen

VON CARO ARNS

Immer mehr Menschen ziehen in die Städte. Die Gründe dafür sind vielfältig: Die meisten Studienplätze und viele Jobs gibt es fast nur noch dort, von attraktiven Sport- und Kulturangeboten ganz zu schweigen.

Die Zahlen sprechen für sich. In Bayern lebt nur ein Drittel der Menschen auf dem Land, allein für München ist bis 2032 ein Bevölkerungswachstum von 13 Prozent vorausgesagt – zusätzlich zu dem immensen Wachstum der letzten Jahre.

Die Schattenseite dieses Trends: Günstige Wohnungen sind rar in den großen Städten, in München ist die Wohnungssuche oft ein mehrjähriges Projekt, von viel Glück und Kontakten abhängig – oder je nach finanziellen Mitteln auch gänzlich unmöglich. Klar ist auch: Die Flüchtlingskrise, in der Deutschland und Europa sich im Herbst 2015 auch aufgrund des syrischen Bürgerkriegs befinden, verschärft diesen Trend noch.

Die SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag hat sich in ihrer Herbstklausur in Regensburg mit den Herausforderungen der

Städte auseinandergesetzt. Was will die Politik, was wollen die Menschen? Wie lässt sich all das in Einklang bringen? Welche Lösungen sehen Experten für die Flüchtlings- und Integrationsfragen, angesichts immer knapper werdendem Wohn- und Lebensraum? Und wohin entwickelt sich das urbane Verkehrs- und Energiesystem?

Einig sind sich die Abgeordneten vor allem in einer Sache: Es braucht mehr bezahlbare Wohnungen in den größeren Städten, neue Quartiere, die sich auch Familien mit Durchschnittseinkommen leisten können. Dafür muss auch vom Land und vom Bund Geld in die Hand genommen werden.

Die Bundesregierung hat auf Druck der SPD just eine halbe Milliarde Euro für sozialen Wohnungsbau in Aussicht gestellt. Die Frage ist, ob der bayerische Anteil von der Staatsregierung richtig eingesetzt wird und ob es reicht angesichts der großen Herausforderungen, die Deutschland und Bayern erwarten.

Die SPD setzt sich dafür ein, dass das Leben in der Stadt auch in Zukunft lebenswert ist.

„Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern gehören zu unserem Leben. Deshalb bauen wir mit der neuen Museumsmeile, gleich neben Schloss Johannisburg, weiter an der Kulturstadt Aschaffenburg!“

Martina Fehlner,
Abgeordnete aus Aschaffenburg



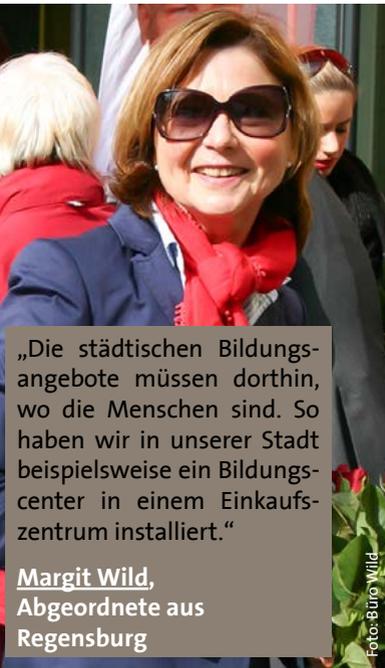
Foto: Büro Fehlner

„Ein München von morgen lädt die Menschen zu Bewegung im Alltag ein – zum Beispiel mit einem Bewegungsparcours entlang der Straße oder Yoga auf begrünten Hochhausdächern.“

Diana Stachowitz,
Abgeordnete aus München



Foto: Büro Stachowitz



„Die städtischen Bildungsangebote müssen dorthin, wo die Menschen sind. So haben wir in unserer Stadt beispielsweise ein Bildungszentrum in einem Einkaufszentrum installiert.“

Margit Wild,
Abgeordnete aus Regensburg

Foto: Büro Wild



„Unsere Stadt ist nicht nur Hochschulstandort, sondern Wissenschafts- und Kulturhochburg. Dazu gehört, dass das Staatsarchiv vor Ort bleiben muss. Dafür kämpfen wir in Würzburg weiterhin!“

Georg Rosenthal,
Abgeordneter und OB a.D. aus Würzburg

Foto: Büro Rosenthal



„Der demografische Wandel ist eine Herausforderung. Unsere Region muss Maßnahmen ergreifen, um für junge Familien attraktiv zu bleiben.“

Dr. Christoph Rabenstein,
Abgeordneter aus Bayreuth

Foto: Büro Rabenstein



„Unsere Stadt braucht neben Brecht und der Puppenkiste auch Sportförderung: Nicht nur im FCA-Spitzenfußball, sondern mit Bolzplätzen und genügend Platz für alle!“

Harald Güller,
Abgeordneter aus Augsburg

Foto: Büro Güller



„Stadtleben kann manchmal laut sein... Hier müssen wir gemeinsam Lösungen erzielen und nicht Gerichte entscheiden lassen!“

Horst Arnold,
Abgeordneter aus Fürth

Foto: Büro Arnold



„Damit unsere Stadt so lebenswert bleibt, muss in einen wirksamen Hochwasserschutz investiert werden – nicht nur von der Stadt, sondern vor allem von Bund und Land finanziert!“

Bernhard Roos,
Abgeordneter aus Passau

Foto: Büro Roos



„Nürnberg ist eine attraktive Stadt für alle. Damit das so bleibt, braucht es mehr bezahlbaren Wohnraum in allen Stadtteilen.“

Arif Tasdelen,
Abgeordneter aus Nürnberg

Foto: Büro Tasdelen

VON GUDRUN RAPKE

2013 haben die bayerischen Bürgerinnen und Bürger durch einen **Volksentscheid** die „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes“ für das Gemeinwohl als Staatsziel in die Bayerische Verfassung aufgenommen. Die SPD-Landtagsfraktion will dieses Ziel mit **Leben füllen** und hat einen **Gesetzesentwurf** vorgelegt, um die **3,8 Millionen Ehrenamtlichen im Freistaat zu unterstützen und zu stärken**. Sie haben es verdient, denn sie leisten pro Jahr **710 Millionen Stunden Arbeitszeit im Wert von 6,1 Milliarden Euro**.

Von seinem Arbeitsplatz blickt Friseur Harald Mayer-Haas auf das Münchner Rathaus. Dort hat derzeit Oberbürgermeister Dieter Reiter alle Hände voll zu tun. Seine Weltstadt zeigt Herz und hat in diesem Sommer so viele Flüchtlinge aufgenommen wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. Allein an einem einzigen Wochenende im September kamen 20.000 Menschen an. Menschen, die oft nur das besitzen, was sie am Leib tragen, Familien, Frauen mit Babys sowie alleinstehende Männer. Menschen, die eine wochenlange Odyssee hinter sich haben auf der Suche nach einem Leben in Sicherheit und Frieden.

Und während Friseur Mayer-Haas seinen Kunden die Haare schneidet, kommen sie schon mal auf die vielen Hilfe suchenden Menschen am Münchner Hauptbahnhof zu sprechen. „Es gibt viele Ängste und Vorurteile, aber auch jede Menge Verständnis“, stellt der Friseur fest.

Im September bot Mayer-Haas der Inneren Mission München seine Hilfe an. Nach einem langen Arbeitstag übernimmt er oft noch eine sechsstündige Abendschicht und hilft, ankommende Flüchtlinge zu begrüßen, zu registrieren und ihnen einen Schlafplatz für

die Nacht zu beschaffen.

Ohne Freiwillige wie den Münchner Mayer-Haas hätte die Landeshauptstadt den Flüchtlingen kein so freundliches Willkommen bieten können. Nun stehen in den Zeitungen neben den alarmierenden Berichten über brennende Wohnheime auch solche über spontane und selbstlose Helfer, denen das Schicksal, der Menschen, die vor Krieg und Elend fliehen, nicht gleichgültig ist. Und das motiviert wieder neue Menschen, ihre Hilfe anzubieten. Auch das Engagement von Harald Mayer-Haas zieht weitere Kreise: Der Kirchenvorstand der evangelischen Innenstadt-Gemeinde St. Markus hat auch auf seine Initiative hin einen Arbeitskreis für Flüchtlingshilfe gegründet.

Freiwilligenarbeit erlebt durch die vielen Flüchtlinge einen neuen Aufschwung. Tausende meldeten sich bei den Hotlines der großen Städte in Bayern, um ehrenamtliche Hilfe anzubieten. Selbst in so kleinen Orten wie Veitsbronn in Landkreis Fürth kamen über 180 Bürger zusammen, um einen Helferkreis für die neue Flüchtlingsunterkunft am Ort zu gründen. „Die Hilfsbereitschaft ist derzeit schon Wahnsinn“, sagt Dr. Thomas Rübke vom Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Bayern aus Nürnberg. Für ihn ist das Thema nicht nur in Krisenzeiten aktuell. Ehrenamt ist seine Berufung: Seit er als kleiner Bub für die Arbeiterwohlfahrt bei der Jahressammlung bunte Stoffblumen verkaufte und den Bewohnern des von seinen Eltern geleiteten Altenheims vorlas, ist der 58-Jährige ehrenamtlich tätig. Doch bald erkannte Rübke, dass Engagement und politische Beteiligung zusammengehören. Wer seine Zeit in den Dienst einer guten Sache stellt, verdient Unterstützung, findet der Mit-



Ohne Ehrenamtliche läuft hier nichts: In der Seitenhalle des Münchner Hauptbahnhofs erhalten Flüchtlinge registriert und auf ihre Weiterreise vorbereitet.

Ehrenamt – so hilft Bayern

3,8 Millionen Freiwillige in Bayern leisten Arbeit im Wert von 6,1 Milliarden Euro – SPD will Helfer besser unterstützen

telfranke. So hat er sich mit der Gründung des „Zentrums aktiver Bürger“ in Nürnberg Mitte der 90er-Jahre einen Namen gemacht. Bis zu 700 Ehrenamtliche unterstützte und koordinierte Rübke.

Als im Jahr des Ehrenamts 2003 das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement gegründet wurde, war Rübke die erste Wahl für die Leitung. Seither ist seine Lebensaufgabe, tragfähige Strukturen für Freiwilligenarbeit zu schaffen. Unter dem Dach des Landesnetzwerks sind derzeit neun Netzwerkpartner zusammengeschlossen, darunter die Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen, die Selbsthilfekoordination Bayern oder die Landesseniorenvertretung. Weitere Kooperationspartner sind unter anderem der Bayerische Landtag, die Georg-von-Vollmar-Akademie oder die Robert Bosch Stiftung.

Ein Ziel des Netzwerks ist es, in ganz Bayern gleiche Bedingungen für das Ehrenamt zu schaffen, wohin es laut Rübke noch ein weiter Weg ist: Es wurden zwar in den letzten Jahren von der Staatsregierung Koordinierungsstellen für das bürgerschaftliche Engagement in Städten und Landkreisen geschaffen, aber de-

ren Projektförderung ist auf drei Jahre begrenzt, bedauert Rübke. Notwendig sei jedoch eine dauerhafte Förderung.

Bis dahin ist es noch ein weiter Weg: „Jede Kommune sollte Strukturen haben, die das Ehrenamt unterstützen. Das Ehrenamt ist das Herz jeder Kommune“, stellt Rübke fest.

Und während das Ehrenamt früher oft wie selbstverständlich aus dörflichen, familiären und sozialen Strukturen gewachsen ist, muss heute das zarte Pflänzlein immer wieder neu in Gemeinschaften gesetzt und gepflegt werden. Etwa drei Viertel der ehrenamtlichen Arbeit finden außerhalb der Verbände, also jenseits gewachsener Strukturen, statt. Hier ist die Gefahr groß, dass das kleine Pflänzchen des Engagements auf Dauer keine Wurzeln schlägt.

Laut der jüngsten Erhebung des Freiwilligensurveys von 2009 entfällt der größte Anteil des ehrenamtlichen Engagements auf den Sport. Zehn Prozent der Deutschen sind dort tätig. Danach folgen Schule, Kindergarten sowie Kirche und Religion mit jeweils 6,9 Prozent der Bevölkerung. Bei Feuerwehr und Rettungsdiensten machen 3,1 Prozent der Bundesbürger mit,



Als im September Flüchtlinge nach München strömten, hielt es Harald Mayer-Haas nicht mehr zu Hause: Nach seiner Arbeit als Friseur legt er Sonderschichten ein.

Foto: Rapke



Foto: dpa

Flüchtlinge Getränke und Nahrungsmittel, werden

Bayern sich Arbeit im Wert von ellen

vorzugsweise junge Menschen. Für Umwelt und Tierschutz engagieren sich 2,8 Prozent und für Politik und Interessenvertretung 2,7 Prozent der Deutschen.

„Es ist an der Zeit, diesen wertvollen gesellschaftlichen Beitrag in angemessener Form anzuerkennen und Möglichkeiten zur Mitsprache zu schaffen“, stellt [Ruth Waldmann](#) fest, Sprecherin für Ehrenamt und bürger-

schaftliches Engagement der SPD-Landtagsfraktion fest.

Die SPD möchte die Strukturen und Grundlagen ehrenamtlicher Arbeit verbessern. Die schon bestehenden Koordinierungszentren für bürgerschaftliches Engagement sollen auf eine rechtlich und finanziell sichere Basis gestellt werden und in Zusammenarbeit mit Verbänden neue gegründet werden. Ein Landesbeirat für bürgerschaftliches Engagement könnte den Ehrenamts-Anliegen mehr politisches Gewicht verleihen. Weiter ist im Gesetzentwurf eine „Stiftung bürgerschaftliches Engagement in Bayern“ vorgesehen, mit der herausragende Projekte mit Preisgeldern gefördert werden. „Die bayerische Politik ist dabei gut beraten, das Wissen und den Erfahrungsschatz der freiwilligen Aktiven in ihre Beratungen einzubeziehen“, stellt die Münchner Abgeordnete Waldmann fest.

Dass manche Ehrenamtliche hart an der Grenze zur Selbstausbeutung arbeiten, zeigt das Beispiel des Hockey-Trainers des TSV Schwaben Augsburg, Hanno Hügel (37). Seit 28 Jahren im Verein, trainiert er derzeit verschiedene Mannschaften in Feld- und Hallenhockey. Das zeitliche Engagement an Abenden und Wochenenden summiert sich auf eine Vollzeitstelle, der Tacho seines Wagens zählt jeden Monat 800 für den Sport gefahrene Kilometer. „Ich brenne für diesen Sport! Sonst müsste man sagen, ich bin verrückt“, sagt der Lehrer. Für ihn ist aber das Training seiner Sportler in erster Linie Entspannung. „Es macht mir Spaß, Erfolge zu sehen.“



Foto: Klaus Rainer-Krieger

Hanno Hügel ist ehrenamtlich aktiv im TSV Schwaben Augsburg: „Ich brenne für diesen Sport. Sonst müsste man sagen: Ich bin verrückt.“



Foto: Hälbich

SPD-Fraktionsvize Hans-Ulrich Pfaffmann besucht die Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in Regensburg. Dort übernehmen Ehrenamtliche die Kinderbetreuung.

Mehr Anerkennung für Helfer

KOMMENTAR VON
[HANS-ULRICH PFAFFMANN](#),
Stv. Vorsitzender der
BayernSPD-Landtagsfraktion

Bayern ist stark, dank einer aktiven und vielfältigen Bürgerschaft, in der sich viele Menschen in ihrer Freizeit unentgeltlich engagieren und Verantwortung übernehmen. Das Ehrenamt trägt ohne jeden Zweifel dazu bei, dass die Gesellschaft funktioniert, dass es bezahlbare Sportangebote gibt, dass ältere Menschen Unterstützung erhalten, dass Familien eine Anlaufstelle haben oder dass bayerische Traditionen und Brauchtum erhalten werden. Das Ehrenamt sorgt für einen guten sozialen Zusammenhalt, es sorgt für das Funktionieren der Vereine und Verbände, es trägt dazu bei, dass die Willkommenskultur in der aktuellen Flüchtlingshilfe funktioniert. Das ehrenamtliche Engagement bringt aber auch enorme finanzielle Entlastungen mit sich. Vielen Dank, diese Leistung könnte vom Staat nur schwer finanziert werden. Mit dem permanenten Eigenlob der Staatsregierung, die den Erfolg Bayerns für sich reklamiert, werden die Leistungen des Ehrenamtes oftmals unter den Tisch gekehrt. Ja, Bayern ist sozial und wirtschaftlich stark, auch weil es ein funktionierendes bürgerschaftliches Engagement gibt. Das Ehrenamt hat also nicht nur eine soziale, sondern auch eine erhebliche finanzielle Bedeutung für Bayern. Dem freiwilligen Engagement kommt somit eine zentrale gesellschafts- und haushaltspolitische Bedeutung zu. Zu Recht ist also die „Förderung des ehrenamtlichen Einsatzes für das Gemeinwohl“ als Staatsziel in der Bayerischen Verfassung

verankert. Über 90 Prozent der bayerischen Bevölkerung unterstützen den Verfassungsrang des Ehrenamtes beim Volkentscheid im September 2013. Nun können sie erwarten, dass dieses Staatsziel auch in konkrete Politik umgesetzt wird, denn: Oftmals ist Papier geduldig. Es reicht nicht, wenn auf Veranstaltungen fleißig gelobt wird, wenn Auszeichnungen verteilt werden. Ja, ideelle Anerkennung gehört dazu, konkrete Anerkennung aber auch. Beispielsweise mit staatlich finanzierten Fortbildungen, mit verbesserter steuerlicher Anerkennung. Warum nicht auch eine Berücksichtigung des Engagements bei der Rentenberechnung? Ein sinnvolles Dankeschön wären auch spürbare Vergünstigungen im täglichen Leben. Beispielsweise eine spürbare Ermäßigung beim öffentlichen Personenverkehr. Und wie wäre es mit einem Bonus bei der Vergabe eines Studienplatzes, einer Ausbildungsstelle oder eines Arbeitsplatzes? Das Ehrenamt braucht Strukturen und Beratung. Eine Rechtsberatung im Bedarfsfall oder eine steuerliche Beratung für die Vereinsvorstände, die kostenfrei genutzt werden können, brächten eine Erleichterung bei der immer schwierigeren Vereinsarbeit. Notwendig ist auch eine starke Interessenvertretung der vielen Tausend Ehrenamtlichen für Verwaltung und Politik.

Es ist richtig, dass die SPD im Bayerischen Landtag einen Gesetzentwurf zur Stärkung des Ehrenamtes eingebracht hat. Bleibt abzuwarten, ob die Staatsregierung das Vorhaben der SPD-Fraktion unterstützt oder ob sie sich lieber doch auf das Verteilen von Ehrennadeln beschränkt.

Rettungsmanöver für umstrittenes TTIP

Schiedsgerichte sollen entschärft werden

VON FELIX HÄLBICH

Kaum ein anderes Wirtschaftsthema – von der Griechenlandkrise einmal abgesehen – hat die Gemüter in den letzten Monaten so erhitzt wie das geplante transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA. Für viele ist TTIP die neoliberale Horrorvorstellung schlechthin. Hauptkritikpunkt sind die sogenannten Schiedsgerichte, durch die Unternehmen gegen unliebsame Gesetze und Auflagen der Industriestaaten vorgehen können. Doch jetzt kommt Bewegung in die Sache. Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström hat angekündigt, die Schiedsgerichte reformieren zu wollen. Die europäischen Sozialdemokraten hatten dies zuvor gefordert, unter anderem SPD-Vizekanzler Sigmar Gabriel. So soll es ein bilaterales Handelsgericht geben, das öffentlich tagt, alle Dokumente sollen öffentlich zugänglich sein.

„Das ist ein Schritt in die richtige Richtung“, meint der stellvertreten-

de Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion [Hans-Ulrich Pfaffmann](#). „Ursprünglich geplant war, dass die Schiedsgerichte hinter verschlossener Tür beraten. Ich begrüße ausdrücklich, dass hier mehr Transparenz geschaffen werden soll. Allerdings müssen die neuen Regelungen nicht nur auf TTIP, sondern auch auf CETA, das Freihandelsabkommen mit Kanada, angewendet werden!“ Generell bleibt die SPD-Landtagsfraktion aber skeptisch, was TTIP angeht. So sieht ihr Europa-Experte [Dr. Linus Förster](#) die Verbraucherschutzstandards in Gefahr: „Wir dürfen nicht die Interessen großer Konzerne über die Interessen der Arbeitnehmer und der Bevölkerung stellen!“

Auch in Zukunft müsse eine lebhafte Diskussion über TTIP stattfinden, ergänzt Pfaffmann. „Die öffentliche Debatte trägt dazu bei, die Macht internationaler Konzerne einzuschränken. Die SPD wird diese Debatte weiterhin mit Nachdruck vorantreiben und Druck machen!“



SPD-Fraktionsvize Hans-Ulrich Pfaffmann auf einer Podiumsdiskussion zum Thema TTIP und CETA. Im Hintergrund: Bernd Lange, Abgeordneter im Europaparlament.

Umfrage: Bayern wollen mehr und bessere Kita-Plätze statt Betreuungsgeld

Das vom Bundesverfassungsgericht gestoppte Betreuungsgeld sollte nach Ansicht einer Mehrheit der bayerischen Bürger nicht auf Landesebene fortgesetzt werden. In einer [repräsentativen Umfrage](#) sprachen sich 63 Prozent dafür aus, das Geld stattdessen für einen Ausbau der Kita-Plätze auszugeben.

Die Landtagsabgeordnete und SPD-Generalsekretärin [Natascha Kohnen](#) appelliert an die CSU-

Staatsregierung, hier nicht gegen den erklärten Bürgerwillen zu handeln: „Wir können jeden Euro nur einmal ausgeben. Und das Geld bringt den Familien größeren Nutzen, wenn es in mehr Kita-Plätze und für eine bessere Betreuung der Kinder in den Randzeiten investiert wird. Darüber hinaus sind viele zusätzliche Kita-Plätze für Flüchtlingskinder nötig, damit sie schnell Deutsch lernen und gut integriert werden.“

Herausforderungen für Europa

KOMMENTAR VON [MARTIN SCHULZ](#),
Präsident des
Europäischen Parlaments

Die momentane Flüchtlingskrise zeigt, wie ein Europa aussieht, in dem es keine gemeinsame Politik mehr gibt: Menschen ertrinken im Mittelmeer, chaotische Szenen spielen sich an den Grenzen ab, der eine zeigt mit dem Finger auf den anderen und verneint die eigene Verantwortung – und bei all dem wird den Menschen, die bei uns Schutz vor Krieg, Terror und Elend suchen, nicht geholfen. Das ist das Europa der nationalen Egoisten. Ich hatte gehofft, dass wir dieses Europa überwunden hätten.

Globale Probleme kann man niemals national oder regional lösen. Die Welt des 21. Jahrhunderts ist eine Welt der großen regionalen Blöcke, und wenn wir unser soziales und solidarisches Gesellschaftsmodell bewahren wollen, wird uns dies nur gemeinsam als EU gelingen.

Die Flüchtlingsproblematik ist ein globales Phänomen, bei dem wir eine überzeugende europäische Antwort finden müssen: Wir brauchen ein europäisches Einwanderungsrecht, um legale Wege nach Europa zu öffnen und so das verbrecherische Geschäftsmodell der Schlepper zu zerstören, wir brauchen eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf dem Kontinent und die Bekämpfung der Fluchtursachen. Mit der ökonomischen Kraft der 28 EU-Mitgliedsstaaten und der Hilfsbereitschaft, die so viele der 507 Millionen EU-Bürger zeigen, können wir diese Herausforderungen meistern. Dass Menschen in Deutschland an Bahnhöfen in München, Dortmund, Hamburg, Berlin und anderswo stehen, um ankommende Flüchtlinge zu begrüßen, zeigt, dass die hasserfüllten Populisten und kriminellen Brandstifter nur eine kleine und feige Minderheit sind. Das entschlossene zivilgesellschaftliche Auftreten gegen diese Hetzer, auch von vielen Prominenten wie Til Schweiger und Klaas Heufer-Umlauf, ist ein ermutigendes Zeichen und erfüllt mich mit großer Dankbarkeit.

Seit Jahren plädiere ich dafür: Die EU muss sich vor allem um die Probleme kümmern, die die

Mitgliedsstaaten alleine nicht mehr bewältigen können. Der Klimaschutz, die Bekämpfung der Fluchtursachen durch eine vorausschauende und friedensorientierte Außenpolitik, die Währungsstabilität, ein effektiver Daten- und Verbraucherschutz, die Regulierung der entfesselten Finanzmärkte und die gerechte Besteuerung von globalen Unternehmen sind Politikfelder, bei denen die Nationalstaaten kaum mehr etwas erreichen können. Hierfür brauchen wir eine handlungsfähige und effiziente EU. Und umgekehrt gilt: Das, was die Nationalstaaten oder regionale Behörden besser hinbekommen, sollte möglichst ortsnahe entschieden und umgesetzt werden. Subsidiarität heißt das Zauberwort und wir sollten es sehr ernst nehmen.

Mir persönlich – und das sage ich auch ganz bewusst als Präsident des Europäischen Parlaments – ist wichtig, dass wir die Demokratisierung der EU weiter vorantreiben: Die Europawahlen im letzten Jahr, bei der erstmals europaweit Spitzenkandidaten aus den unterschiedlichen Parteienfamilien angetreten sind, waren ein demokratischer Meilenstein. Bürgerinnen und Bürger konnten zum ersten Mal ganz unmittelbar darauf Einfluss nehmen, wer an der Spitze der EU steht. Es gilt nun, diesen Prozess zu verstetigen.

Eine solche demokratische EU, die sich auf die großen Gerechtigkeitsfragen unserer Tage konzentriert und die nach innen und außen das Prinzip der guten und solidarischen Nachbarschaft pflegt, ist mein Europa. Es ist ein Europa, das sicherstellt, dass unsere Kinder die Chance auf ein friedliches, freies und gerechtes Leben haben. Dafür kämpfe ich jeden Tag.



Foto: Bayerische SPD-Landtagsfraktion

Pflege zukunftsfähig machen

Für gute und menschenwürdige Pflege müssen die Angehörigen und die Fachkräfte in den Blick genommen werden

VON FELIX HÄLBICH

320.000 Menschen in Bayern sind pflegebedürftig. Einer davon ist der Vater von [Doris Rauscher](#). Die pflegepolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion kümmert sich seit einem halben Jahr daheim um den 73-Jährigen, der unter anderem Probleme mit dem Herzen hat. „Wir möchten unseren Vater in seinem letzten Lebensabschnitt so lange wie möglich selber begleiten“, erklärt Rauscher. Zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden zu Hause gepflegt, die meisten von Angehörigen.

Die SPD begrüßt sehr, dass mit dem Pflegestärkungsgesetz vom Bund mehr Geld für Betreuungs-

und Entlastungsangebote zur Verfügung steht, und drängt auf eine rasche Umsetzung in Bayern. Auf Antrag der SPD werden bayernweit Unterstützungs- und Beratungsangebote für pflegende Angehörige ausgebaut. „Dies ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung“, betont Rauscher, „die Leistung pflegender Angehöriger muss endlich angemessen unterstützt und wertgeschätzt werden!“ Geholfen wird der Familie Rauscher von einem ambulanten Pflegedienst, der jeden Morgen das Haus in Ebersberg besucht. „Ohne diesen Pflegedienst ginge es nicht“, betont Rauscher. Umso wichtiger sei es, junge Menschen für den Beruf zu begeistern, um für den

dringend nötigen Nachwuchs zu sorgen. Bis 2030 wird die Zahl der Pflegebedürftigen um mehr als die Hälfte ansteigen. „Bayern leidet unter einem enormen Fachkräftemangel, der nur mit einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen gelöst werden kann“, unterstreicht die SPD-Politikerin. „Dazu gehört die Entbürokratisierung der Pflege und eine angemessene Bezahlung!“

Die liebevolle Pflege habe ihrem Vater auf jeden Fall gut getan, berichtet die Expertin für Familienpolitik: „Obwohl er auf die Unterstützung anderer stark angewiesen ist, hat er seinen Humor zurück – das ist immer ein gutes Zeichen.“



Doris Rauscher beim Besuch des Evangelischen Alten- und Pflegeheims in Planegg.

Protestieren gegen Orbán



Der kleine Seehofer in Lederhosen an der Hand eines brutal aussehenden Viktor Orbán: Mit einem solchen Plakat demonstrierte SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#) vor Kloster Banz.

Wer sich von einem menschenfeindlichen Populisten, einem Anti-Europäer wie dem ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán Ratschläge holt, der trifft auf den entschlossenen Widerstand der SPD. Mit einem großen Plakat protestierte die SPD-Landtagsfraktion vor den Toren der Klausurtagung der CSU in Kloster Banz gegen die Flüchtlingspolitik der CSU.

„Das ist ein Akt der nationalen Unzuverlässigkeit, was Herr Seehofer hier macht“, kritisierte SPD-Fraktionschef [Markus Rinderspacher](#). „Statt die gemeinsame Bundesregierung zu stärken, fällt er der eigenen Schwesterpartei in den Rücken. Solche Alleingänge der CSU schwächen die deutsche Position in Europa“, warnte Rinderspacher.

„Was will die CSU von Orbán denn lernen?“, fragte auch der SPD-Europapolitiker [Dr. Linus Förster](#). „Wie man schutzbedürftige Bürgerkriegsflüchtlinge mit Tränengas, Schlagstöcken und Wasserwerfern fernhält?“ Das Verhalten Seehofers sei „schäbig und kaltherzig“.

Theater in Bayern stärken – Kulturangebot bewahren!

Während die großen Bühnen in Bayern großzügig vom Freistaat unterstützt werden, kämpfen die kleineren und freien Theater oft um ihre Existenz – für [Isabell Zacharias](#), SPD-Kulturexpertin, eine unzumutbare Situation. „Gerade die nichtstaatlichen Bühnen in ländlichen Regionen tragen dazu bei, dass Kultur nicht nur für die Menschen in den Metropolen

möglich ist!“, betont Zacharias. Die Münchnerin fordert daher eine Aufstockung der Mittel und Planungssicherheit. „Momentan sind die Bühnen bei staatlichen Geldern auf das Wohlwollen der Kommunen angewiesen“, kritisiert auch der SPD-Haushaltsexperte [Herbert Kränzlein](#). „Ein Kriterienkatalog könnte dieser Ungerechtigkeit ein Ende bereiten.“



Isabell Zacharias bei einer Podiumsdiskussion zu Kulturpolitik.

Staatliche Zuschüsse für Theater in Bayern (in Mio. Euro)



SPD-Fraktion auf Facebook: aktuell und kontrovers



Immer auf dem Laufenden bleiben – mit dem Facebook-Kanal der SPD-Fraktion. Jede Woche gibt es auf dieser Seite zahlreiche Aktionen, Informationen und Motive zum Teilen. Hier finden spannende Diskussionen über wichtige politische Themen wie soziale Gerechtigkeit, bezahlbares Wohnen, TTIP, Bildung, Integration, Tier- und Verbraucherschutz statt. Ein Klick auf „Gefällt mir“ genügt. Und natürlich können Nutzer auf diesem Kanal auch Anregungen und Kommentare loswerden. Das ist die direkte Verbindung zur BayernSPD-Landtagsfraktion.

Besucht uns!
facebook.de/bayernspd.landtag



Foto: BayernSPD-Landtagsfraktion

Volkmar Halbleib: Politiker zum Anfassen

Fast parallel zur Wiesn findet in Würzburg ein Event statt, das mich als Unterfranke noch mehr packt als das Fest in der Landeshauptstadt: Die Mainfranken-Messe. Hier war ich drei Mal als Ansprechpartner am Landtags-SPD-Messestand vor Ort. Für viele Messebesucher die erste Gelegenheit, mit einem (halb-)leibhaftigen Politiker in Kontakt zu kommen. Denn wie viele von ihnen schaffen schon den Weg ins Bürgerbüro? Entsprechend habe ich Menschen kennengelernt, die sonst mit Politik nicht viel am Hut haben: die Schülergruppe, die erst grinsend nach Gratis-Kugelschreibern fragt, aber dann wissen will, ob die Busse auf dem Land nur dreimal am Tag oder stündlich in die Kreisstadt fahren. Der Arbeiter, der sich Sorgen um seine Rente macht. Die Dame, die etwas gegen die geplante Umgehungsstraße hat. Bürger, die sich Gedanken um die Asylbewerber machen. Solche Gespräche sind für alle ein Gewinn: Ich weiß, wo den Leuten der Schuh drückt, und meine Gegenüber bekommen Informationen, einen zukünftigen Ansprechpartner – und einen Gratis-Kugelschreiber ...

Die Ankündigung, alle Flüchtlinge aufzunehmen, war so ein SPONTANER IDEALISTISCHER IMPULS!



Wird mir nicht WIEDER passieren.



Karikatur: Heiko Sakurai

Termine

- 25.10.15, 11.00 Uhr**
Verleihung Hoegner-Preis (Landtag)
- 26.10.15, 19.00 Uhr**
Hospizempfang mit Franz Müntefering (Landtag)
- 17.11.15, 18.00 Uhr**
Regenbogenempfang mit Klaus Wowereit (Landtag)
- 4.12.15, 15.00 Uhr**
„Heimat. Franken.“, Empfang und Verleihung „Frankenrechen“ (Landtag)

bayernspd-landtag.de/presse

Hochdeutsch? Nur was für Anfänger!

Wenn Johanna Werner-Muggendorfer anfängt zu sprechen, weiß man sofort, wo sie herkommt. Die Niederbayerin genießt es, ihren heimatlichen Dialekt zu pflegen: „Die Sprach is a Stück Hoamat, de ma mitnehma ko. I war froh, wenn unsere Dialekte a in da Schui mehra gredt' werad'n und a bei de Großkopfert'n efta moi a Roin spuun dan.“ Die 65-Jährige spricht auch am Rednerpult im Plenum des Landtags als Zuständige für Bürgerpetitionen selbstverständlich nicht Hochdeutsch,



Foto: Heilrich

Ein echtes niederbayerisches Original der BayernSPD-Landtagsfraktion: Johanna Werner-Muggendorfer aus Kelheim.

sondern Bayerisch – in deutlich Kelheimer Sprachfärbung. Und sie wirbt für die wunderbaren bayerischen, aber auch fränkischen und schwäbischen Ausdrücke: „Des Lautmalerische, Gscheckerte und freilich a des Gscherte derf net verlorn geh. Zum Beispui ‚Gracherl‘ fia a Limo oder ‚arschlings‘ fia rückwärts.“ Der fränkische Abgeordnete Harry Scheuenstuhl kann das nur unterstützen: „Gaggerla hört sich doch viel symbadischer o wie des afache Hühnerlei.“